

12.06.2018 – PM 44/2018

Urteil über gemeinschaftlich organisierten Holzverkauf

## IG BAU: Wald ist mehr als ein Acker, auf dem Bäume wachsen.

**Frankfurt am Main** - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) warnt davor, die hiesige Waldpflege- und bewirtschaftung ausschließlich unter Gewinninteressen zu betrachten. Hintergrund ist die Einordnung von gemeinschaftlich organisiertem Holzverkauf als Kartell durch Behörden. „Zwar ist es richtig, dass auch Forstbetriebe wirtschaftliche Interessen verfolgen. Jedoch greift es zu kurz, im Wald deswegen eine reine Produktionsstätte für Holz zu sehen. Wer so tut, als ob der Wald hierzulande nichts weiter sei, als ein Acker auf dem Bäume wachsen, wird der herausragenden und vielfältigen Bedeutung unserer Wälder nicht gerecht und gefährdet deren Fortbestand“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Harald Schaum anlässlich des heute (für die Red.: Dienstag, 12. Juni 2018) verkündeten Beschlusses des Bundesgerichtshofs. Das Gericht entschied nicht inhaltlich, sondern verwarf das angegriffene Urteil des Beschwerdegerichts aus formalen Gründen und damit lediglich bezogen auf die Situation im Land Baden-Württemberg. Somit bleiben die inhaltlichen Sachfragen zum Kartellrecht, die sich ebenso in anderen Bundesländern stellen, offen. „Wald ist mehr als Holzverkauf. Es darf gerade in dieser Branche nicht so weit kommen, dass alles mit der Brille von Betriebswirten betrachtet wird. Sonst kommen bei den folgenden Planungen Naturschutz, Erholungswert, Luftreinheit und viele weitere Werte der Wälder unter die Räder.“

Die IG BAU ist bereit, Veränderungen in Forstbetrieben mit zu begleiten, solange sie nicht nur vorgeschoben werden, um andere Ziele wie etwa Personalabbau, Lohndumping oder ähnliches zu verschleiern. In einem Fünf-Punkte-Papier hat die IG BAU deshalb Vorschläge erarbeitet, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um einen wettbewerbskonformen Holzverkauf im Forst sicherzustellen.

---

## **Positionen der IG BAU zur Umsetzung wettbewerbskonformer Holzverkaufskonzepte im Forst**

Die Kartellbehörde hat die gemeinsame Organisation des Holzverkaufs in Teilen für wettbewerbswidrig erklärt und insbesondere die betreffenden Bundesländer bzw. deren Forstbetriebe zu entsprechenden Prozessänderungen aufgefordert.

Die nötigen Veränderungen haben und wollen wir als IG BAU konstruktiv begleiten. Dies gilt, solange das Thema „Neuordnung des Holzverkaufs“ nicht für anders motivierte oder gar nicht davon berührte Organisationsreformen, Personalabbau-Projekte, etc. missbraucht wird.

Forderungen und Vorschläge:

1. Wald ist mehr als Holzverkauf! Die öffentlichen Organisationen müssen die gesellschaftlichen Funktionen von Wald in Gänze und vorbildlich sicherstellen. Die dazu nötigen personellen Ressourcen müssen zur Verfügung gestellt werden und in entsprechender Qualität aufgebaut werden.
2. Der Weg zu einer wettbewerbskonformen Organisation ist erfolgversprechend, wenn Konzepte gemeinsam zwischen Bundesland, Kommunen, Privatwaldbesitzern und Beschäftigten entwickelt werden und diese auch gemeinsam vertreten werden.
3. Organisationen und Verbände, deren Ziele auf die gesellschaftlich höchst relevanten Waldfunktionen außerhalb von Holznutzung und -verkauf gerichtet sind, müssen einbezogen werden.
4. Im jeweiligen Waldbesitz als Arbeitgeber, ob staatlich, kommunal, privat oder einer Holzverkaufsorganisation gilt das Primat fairer Arbeitsbedingungen. Tarifbindung, Anwendung von Tarifverträgen, anerkannte Qualifikationen sowie die Intoleranz gegenüber Lohndumping sind zwingend.
5. Staatliche Förderung der Neuorganisation des Holzverkaufs, im jeweiligen Waldbesitz wird strikt an Bedingungen wie unter 4. genannt geknüpft. Wer diese Voraussetzungen nicht erfüllt, bekommt keine Förderung.